

Calw.
2. Dezember,
findet im Gast-
messen sein
erhöhung mit
die Weihnachts-
beteten, ihre
Calw
1931
nachm. 4 Uhr,
Sollamt).
die Fachklassen
festgestellt wer-
schriftliche An-
wendig.
nachmittags- und
Dez. (Montag,
enden, Sollamt)
Schule schon be-
Answärtige die
Fechter.
Sonntag
ur Post
LAG
enzell
Uhr.
ngskapelle
zert
prelswert
heim.
a. 3 1/2 Uhr
n Preisen
terin
Eyaler
nde 6 Uhr
eschenk
hinaus Freude
wo Ihnen für
der Ware Ga-
le jederzeit um-
ch beim kleinsten
ffenhaft bedient.
Plage!
verein Calw
umheim
nschotter,
ichschotter,
und Sand
ung.
durch eigenes

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr 281

Montag, den 1. Dezember 1930

Jahrgang 103

Vor Erlass einer neuen Notverordnung

Das Reichskabinett hat sich für Anwendung des Artikels 48 entschieden —
Noch diese Woche Reichstagsentscheid über die Sanierungsgeetze

U. Berlin, 1. Dez. Reichskanzler Dr. Brüning teilt am Samstag in seinen Besprechungen mit den Parteiführern, mit dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, Dr. Heß, diesen mit, daß er nunmehr die Absicht habe, die Finanzreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Die Notverordnung wird alle Vorlagen mit Ausnahme derjenigen umfassen, die verfassungsändernden Charakter tragen. Es handelt sich dabei um das Pensionskürzungsgezet und das Personalaufwandsgezet, das die Besoldungssperre enthält. Dagegen soll das Ausgabenbeschränkungsgezet so umgestaltet werden, daß hier der verfassungsändernde Charakter beseitigt wird. Die beiden verfassungsändernden Geetze sollen dem Reichstag zur parlamentarischen Erledigung zugeleitet werden.

Die bevorstehende Notverordnung wird darüber hinaus auch Änderungen der Notverordnung vom Juli enthalten. Es handelt sich hier vor allem um Änderungen bei der Krankenversicherung, also um die Krankenscheingebühr und um Änderungen bei der Staffelung der Bürgersteuer, die bei den Besprechungen der Regierung mit den Parteien vereinbart worden sind.

Das Reichskabinett ist am Sonntag nachmittag zusammengetreten, um die Beratungen über die Behandlung des Regierungsprogrammes fortzusetzen. Die Sitzung dauerte bis nach Mitternacht. Wie die „Berliner Montagspost“ erfährt, ist das Sanierungsprogramm vom Reichskabinett in der Sonntagsitzung so weit fertiggestellt worden, daß es in Form einer Notverordnung heute dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden kann. Die zuständigen Ressorts werden heute nur noch die letzten Formulierungen vorzunehmen haben. Reichskanzler Brüning hat die Ministerpräsidenten der Länder für heute nach Berlin gebeten, um ihnen den vorliegenden Beschluß des Kabinetts zu unterbreiten und sich ihrer Zustimmung zu versichern.

Erste Lesung des Reichshaushaltsplanes am Mittwoch. Die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung, die am Mittwoch stattfindet, liegt jetzt vor. Es wird sofort der Reichshaushaltsplan für 1931 zur ersten Lesung gestellt. Ferner stehen Anträge auf Aufhebung von Strafverfolgungen, sowie kleine internationale Abkommen auf der Tagesordnung.

Um den Rücktritt Dr. Bredts.

Reichsjustizminister Dr. Bredt weilt zur Zeit noch krank in Marburg. Mit seiner Rückkehr nach Berlin ist vor morgen kaum zu rechnen. Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dreiwitz, vertritt die Ansicht, daß

der endgültige Rücktritt Dr. Bredts nicht mehr zweifelhaft sein kann und daß alle Versuche, ihn von diesem Schritt abzuhalten, vergeblich sein werden.

Trennung der deutschen Bauernschaft vom Bayerischen Bauernbund.

Die deutsche Bauernschaft teilt mit: Der geschäftsführende Ausschuss der deutschen Bauernschaft hat beschlossen, sich von dem Bayerischen Bauernbund, der bisher der deutschen Bauernschaft angehört, zu trennen. Damit scheidet der Vertreter des Bayerischen Bauernbundes innerhalb der Deutschen Bauernschaft, Minister a. D. Prof. Dr. Fehr, aus dem Vorstand der deutschen Bauernschaft aus.

Tariffenkungen bei der Reichsbahn

U. Berlin, 1. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: In den Preislenkungsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist Uebereinstimmung über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahntarife, die auf die Lebenshaltung von wesentlichem Einfluß sind, erzielt worden.

Zur Verbilligung der Lebenshaltung weiter Kreise der werktätigen Bevölkerung werden die Preise der Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Monats- und Teilmonatskarten, sowie Schülermonatskarten gesenkt. Der Vorortverkehr fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen, nicht hierunter. Im Güterverkehr wird die Beförderung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln frachtlieh erleichtert. Für Kartoffeln werden, nachdem die Reichsbahn im Interesse der Kleinbezieher schon die Stückgutfrachten gesenkt hat, auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt. Frachtsenkung für Getreide, Mehl und Qualitätsmehl soll die Preislenkung auch dieser wichtigen Lebensmittel fühlbar beeinflussen. Entsprechend seiner großen Bedeutung für die Fleischversorgung der Bevölkerung wird auch der Viehtarif gesenkt. Für alle bereits im Nottarif enthaltenen Lebensmittel wird, um Wünschen der kleineren Verbraucher entgegenzukommen, eine Ermäßigung für Fuß- und Behntonnenladungen gewährt. Zur Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten wird auch eine Reihe von Düngemitteln in die Frachtsenkung einbezogen. Im Kohlenverkehr werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt, die dazu dienen sollen, durch Hebung des Gesamtabfahes den Arbeitsmarkt zu beleben und dadurch der Wirtschaft neuen Antrieb zu geben. Die Erleichterungen für Kohlen gelten ab 1. Dezember. Die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt.

Wehrminister Gröner zur Abrüstungsfrage

Deutschland ist entwaffnet — Frankreichs Abrüstungsweigerung ein Bruch feierlicher Versprechungen

U. Berlin, 1. Dez. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichswehrminister Gröner über das Abrüstungsproblem u. a. wie folgt? Heute wird in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben als vor dem Kriege. Allein in Europa hat sich die Zahl der unter Waffen stehenden Männer um 500 000 Mann erhöht. Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben alle in abgerüstet. Unter den Augen der Interalliierten Kontrollkommission ist die uns auferlegte Entwaffnung restlos durchgeführt worden. Sechs Millionen Gewehre und Karabiner, 130 000 Maschinengewehre, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen und eine Unmenge Munition wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Westen sind geschleift. Die Organisation der neuen Wehrmacht ist auf das Genaueste bestimmt worden. Deutschland ist das einzige Land, dem eine Entmilitarisierung der Grenze aufgezwungen worden ist.

Was ist nun aus der Versaillesvertrag und in der Völkerbundssatzung verbrieften Abrüstung geworden? Die Regierungen einzelner Länder erfinden immer neue Vorwände, um weiter aufzurüsten und die Abrüstung zu sabotieren. Deutschland verfüge, so heißt es, über ein „potentiel de guerre“, durch das das deutsche Heer der französischen Armee gleichwertig werde. Wie kann sich unsere Industrie auf den Bau von Kriegsmaterial umstellen, wenn diese Umstellung ohne jeden Schutz vor den hochgerüsteten Armeen Frankreichs und seiner Verbündeten erfolgen müßte? In Deutschland sind soviel Fabrikbetriebe zerstört oder umgestellt worden, daß die Herstellung von Kriegsmaterial unmöglich

ist. Man hat weiter behauptet, daß die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, da die langdienenden Berufssoldaten den kurzdienenden Wehrpflichtigen überlegen seien. Die Deutschland aufgezwingene Form der neuen deutschen Wehrmacht soll nun ein Beweis der Gefährlichkeit deutscher Rüstungen sein. Das Reichsheer verfügt über keine Kompanien, über keine schweren Geschütze. Auch kann es sich nicht auf Reserven ergänzen. Seitdem die Vorkriegskonferenz bestätigt hat, daß Deutschland entwaffnet sei, bringt man Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen, ohne zu sagen, worin diese eigentlich bestehen. Man führt als Beweis den hohen Wehretat an, obwohl uns im Versailler Vertrag das teuerste Wehrsystem aufgezwungen worden ist. Während Deutschland seine Ausgaben für die Landesverteidigung herabgesetzt hat, weisen die Rüstungsansgaben der Nachbarländer eine starke Erhöhung auf. Frankreich hat im letzten Jahr dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet als Deutschland.

Frankreich sucht seine Sicherheitsforderungen mit Behauptungen zu vertreten, zu denen deutsche Organisationen und deutsche Presseorgane das Material geliefert haben. Alle Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung wurden mit Drohschreien und Flugblättern über die Gefährlichkeit deutscher Rüstungen bekämpft. Auch die neuen französischen Behauptungen über die Absichten einer Geheimrüstung und die Gefährlichkeit der deutschen Verbände haben ihre Quelle in böswilliger und verleumderischer Kritik deutscher Presseorgane. Die Behauptungen stützen sich auf die Propaganda von Denunzianten und Verleumdern. Glaubt man in Frankreich, daß es in Deutschland überhaupt möglich wäre, auch nur eine Waffe geheim herzustellen, wenn Hun-

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat gestern beschlossen, die Sanierungsgeetze im Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen und die alte Notverordnung entsprechend den Wünschen der Sozialdemokratie abzuändern.

Der Reichstag, welcher am Mittwoch zusammentritt, soll noch in dieser Woche über die neuen Geetze verfassungsändernden Charakters entscheiden. Zugleich wird die Erörterung aufgenommen.

Reichswehrminister Gröner gab eine ausführliche Darstellung über die deutsche Abrüstung und den Rüstungsstand der anderen Länder.

Die Reichsbahn hat die Ermäßigung wichtiger Tarife beschlossen, die in kürzester Frist in Kraft gesetzt werden.

In den Städten Oberschlesiens fanden gestern Massenkundgebungen gegen die polnischen Terrorakte in Oberschlesien statt.

Der Zentralvorstand der Volkspartei wählte den Abgeordneten Dingeldey einstimmig zum Parteiführer.

Das Kabinett Baugoin ist zurückgetreten. Der christlich-sozialer Bundeshauptmann von Yorarlberg, Ender, wurde mit der Kabinettsbildung beauftragt.

derde von Menschen an dem Herstellungsprozess beteiligt sind? Man gefährdet die Frieden, solange die Abrüstung auf ein Land beschränkt bleibt und es jedem feindlichen Einfluß wehrlos ausgeliefert bleibt. Dem kleinen deutschen Heer stehen die Riesenarmeen der Nachbarländer gegenüber. Wenn Frankreich unter diesen Umständen erklärt, es könne noch nicht mit einer fühlbaren Abrüstung beginnen, so bedeutet das den Bruch feierlicher Verpflichtungen. Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Die Regierung in Oesterreich zurückgetreten

U. Wien, 1. Dez. Bundeskanzler Baugoin hat dem Bundespräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Bundespräsident hat den Rücktritt genehmigt und dem Kabinett die einstweilige Weiterführung der Geschäfte übertragen. Mit der Kabinettsbildung wurde der Yorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender (Chr. Sozial) betraut, der sich bereit erklärt hat, diese Mission zu übernehmen.

Der rechte Flügel der Christlich-Sozialen versucht, auf Ender einen Druck auszuüben, ein möglichst rechtsgerichtetes Kabinett zusammenzusetzen und auch das Organ Dr. Seipels, die „Reichspost“, warnt vor einer schwachen Mehrheitsregierung ohne Heimwehren, die einem unfruchtbaren und verhängnisvollen Radikalismus zugetrieben würden.

Brand auf Do X

U. London, 1. Dez. Ein Telegramm der „Exchange Telegraph Company“ aus Lissabon besagt, daß die Verkleidung eines der Flügel der „Do X“ durch Feuer zerstört worden sei. Das Feuer sei an Bord der „Do X“ ausgebrochen, die auf dem Tejo an einer Boje lag.

Wie von Bord der „Do X“ gemeldet wird, entstand der Brand durch Funkenflug aus dem Auspuff eines Motors. Die Funken flogen auf die obere Tragfläche und setzten die Stoffbespannung des Backbordflügels in Brand. Alle wesentlichen Teile sind intakt geblieben, alle Ersatzteile für die Reparatur sind vorrätig. Eine Reparaturmöglichkeit besteht in etwa zwei bis drei Wochen auf der Unterseebootstation in Lissabon. Der Flug wird nach Ausbesserung der Schäden fortgesetzt werden. Der Unfall hat auf den geplanten Ozeanflug keinerlei Einfluß. Die Lösung des Brandes erfolgte ausschließlich mit Vordmitteln und allein durch die Besatzung.

Lloyd-Dampfer „Ludwigshafen“ in Seenot

U. London, 1. Dez. Auf dem 6000 Tonnen großen Lloyd-Dampfer „Ludwigshafen“ ist ein Brand ausgebrochen. Der bei Cap Mala im Golf von Panama brennende Dampfer befindet sich in schwerer Seenot. Die Fahrgäste und Mannschaften haben das Schiff in Rettungsbooten verlassen. An der Unglücksstelle befinden sich drei Schiffe, darunter ein Armeetransportdampfer.

Wie der Nordd. Lloyd mitteilt, liegt der Lloyd-Dampfer „Ludwigshafen“ seit dem 24. November vor der Küste Südamerikas. Der Dampfer hatte eine Ladung Salpeter an Bord.

Rüstungsfreiheit oder Völkerbundsaustritt

II. Berlin, 30. Nov. Dr. Eugen Berg hat namens der Deutschnationalen Volkspartei an Reichskanzler Brüning folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Vorgänge in der Genfer Abrüstungskonferenz erfüllten trotz den bösen Willen Frankreichs und der seine Rüstungspolitik stützenden Staaten in der für die Erhaltung des europäischen Friedens entscheidenden Abrüstungsfrage. Sie widerlegen zugleich Kurs und Methoden der bisherigen deutschen Außenpolitik. Angesichts dieser Erfahrungen und angesichts der für die ungeschützte Dänemark durch Polens Terror drohenden Gefahren wiederholen wir heute nachdrücklich unsere Forderung auf Erklärung des Selbsterhaltungsrechts der deutschen Rüstungsfreiheit. Bei Nichtanerkennung dieses Rechts durch die Versämler Vertragsgegner halten wir den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, in dem die Gleichberechtigung zur hohlen Phrase wurde, für unerlässlich. Bez. Dr. Eugen Berg.“

v. Seeckt über Youngplan und Abrüstung

Die italienische Zeitung „Messagero“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit Generaloberst a. D. von Seeckt. Der General bezweifelt, daß Deutschland noch lange alle im Youngplan enthaltenen Verpflichtungen erfüllen könne, ohne die Lebensbedingungen des deutschen Volkes dadurch schwer zu beeinflussen. Deutschland könne nur dann erfüllen, wenn es von den anderen die nötige Unterstützung erhalte. Deutschland stehe zurzeit unter dem Eindruck der Verfolgungen von deutschen Bürgern in Polen. Es sei Recht und Pflicht des Völkerbundes, seine ganze Autorität wirken zu lassen, damit eine Minderheit, die sich unter seinen Schutz begeben, geschützt werde. Auf die vorbereitende Abrüstungskonferenz übergehend, sagte Seeckt: Deutschland werde mit den anderen Staaten nur dann zusammengehen, wenn die Lösung der Abrüstungsfrage dem, was in dem Versämler Vertrag festgesetzt worden sei, sowie der Grundidee des Völkerbundes, die auf die Gleichheit der Völker hinführe, gebührend Rechnung trage. Deutschland sei nur dann eine ernste Garantie des Friedens, der Ordnung und der Gerechtigkeit, wenn es über eine entsprechende militärische Stärke verfüge, die seine Sicherheit gewährleiste.

Reine Winterbeihilfe des Reiches für Erwerbslose und Kleinrentner.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde letzte Woche erneut über den kommunalistischen Antrag verhandelt, der eine Winterbeihilfe für die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner verlangt. Reichsfinanzminister Dietrich führte dazu aus, der Antrag würde einen Aufwand von 354 Millionen erfordern. Er sehe keine Möglichkeit, eine ordnungsmäßige Deckung hierfür zu beschaffen. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt. Die Zusatzen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, welche die Winterbeihilfe in Naturalien gewähren wollten. Der Ausschuß lehnte dann die Beratung der Notverordnung bei dem Abschnitt fort, der die Erschließung von Einnahmequellen für die Gemeinden behandelt.

Anzulängliche Agrarpolitik

Eine Entschlieung der deutschen Bauernschaft.

Die Deutsche Bauernschaft faßte nachstehende Entschlieung: Die Ursachen des Misserfolges der amtlichen Agrarpolitik liegen darin, daß ihre Führung sich im wesentlichen darin erschöpft, die Auswirkungen der niedrigen Getreideweltmarktpreise vor dem deutschen Getreidebau abzuwenden. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit ausreichender Getreidepreise für die Bauernwirtschaft muß festgestellt werden, daß der Kernpunkt der Unrentabilität in der Landwirtschaft, die Erhebung und Förderung der Veredelungsproduktion, fast völlig übergegangen wird. Alles was auf diesem Gebiet in der letzten Zeit geschehen ist, z. B. Regelung des deutsch-finnischen Handelsvertrages und die Verabschiebung des Reichsmilchgesetzes können dem Bauern keine Hilfe bringen, solange nicht die Voraussetzung für ihre Auswirkung, nämlich eine gut funktionierende Absatzorganisation für milchwirtschaftliche Produkte, geschaffen ist. Im Gegenteil, die Inkraftsetzung des Reichsmilchgesetzes ohne Sicherung und Regelung des Absatzes für milchwirtschaftliche Produkte zwingt die Landwirtschaft zu neuen Investitionen, ohne daß ihr die Garantie ausreichender Preise gegeben wird. Auch die jetzt bekannt gewordenen Absichten des Reichsernährungsministeriums in Bezug auf die weitere Erhöhung der Futtermittelzölle, die die Erzeugung von tierischen Produkten verteuern sowie die Zuckerzölle anbaukontingentierung, die sich einseitig gegen den bäuerlichen Zuckerrübenanbau richtet, zeigen dem deutschen Bauern, daß von der heutigen Agrarpolitik die erwähnte Besserung nicht zu erwarten ist.

Bauernkundgebung gegen Zwangsversteigerungen.

Zu einer großen Bauernkundgebung hatte die Kreisgruppe Ufedom-Wollin des pommerischen Landbundes und das Landvolk im Ufedomer Winkel aufgerufen. Die Veranstaltung hierzu gaben zwei Zwangsversteigerungen bei Landwirten in den Dörfern Zecherin und Gueventhin. Der Kreisgeschäftsführer des Landbundes, Buchard-Swinemünde wandte sich gegen die ländlichen Zwangsversteigerungen und protestierte gegen das heutige Regierungs- und Steuersystem, das dem Landwirt und Bauern das Letzte nehme, nämlich das Erbe seiner Väter. Das Landvolk wolle sich nicht von der heimatischen Scholle vertreiben lassen. Die Versammlung forderte einmütig die Aufhebung der Zwangsversteigerungen.

Das Urteil der Wirtschaft

Industrie und Handel zu Sanierungsprogramm und Preisfrenkung.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelskongresses nahm nach einem Vortrag des Leiters des Reichs-

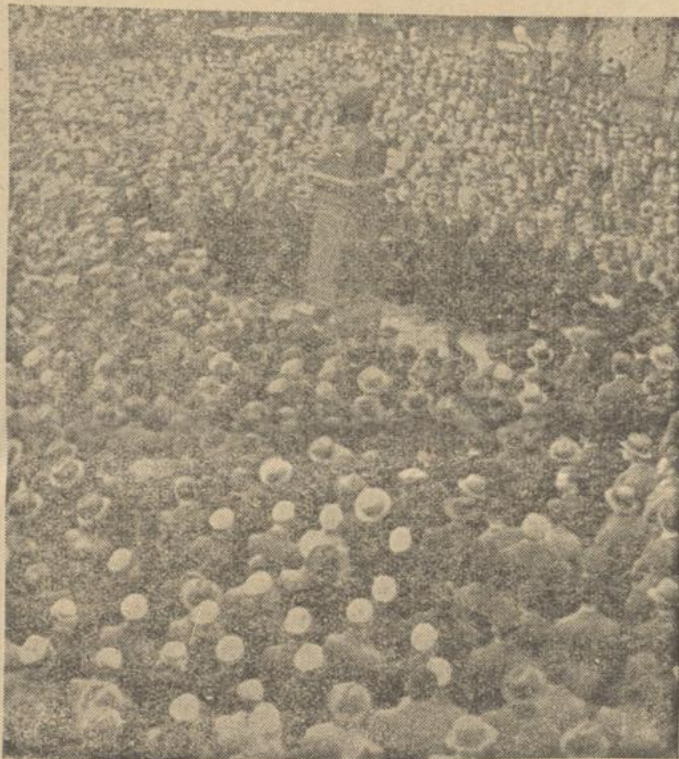
wirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, zu dem Finanzprogramm der Reichsregierung und zu der Frage der Preisfrenkung eine Entschlieung an, in der der Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung als Anfangsmaßnahme begrüßt und an den Reichstag der Appell zur rascheren Tat gerichtet wird. Im einzelnen wird bedauert, daß der Gedanke der Realsteuerfrenkung im Reichsrat in einer Weise abgeschwächt worden sei, die dem Zweck, die gegenwärtige Ueberlastung wirksam zu mindern und die Preisfrenkung zu untermauern, stark widerspreche. An dem Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes werden erhebliche Verbesserungen für nötig erachtet, so insbesondere die Gleichmäßigkeit der Besteuerung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und der der privaten Hand.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelskongress hält eine weitere Anpassung der Warenpreise auf allen Stufen der Gütererzeugung und -verteilung an die veränderte Weltmarktlage für ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung. Indes wird vor allem die Senkung der öffentlichen Lasten, die Ermöglichung von Kapitalbildung und eine beweglichere Anpassung der Löhne an die Konjunkturlage für erforderlich gehalten. Wo Preisvereinbarungen einer wirtschaftlich möglichen Preisfrenkung entgegenstehen, müssen die beteiligten Kreise sich freiwillig zu einer Anpassung entschließen. Die Preisabnaktion habe vielfach zu einer stärkeren Zurückhaltung der Käufer geführt, als sie aus der Minderung der Einkommen zu erklären sei.

Thüringen lehnt die Bürgersteuer ab

II. Weimar, 30. Nov. Im Thüringer Landtag wurde letzte Woche das Gesetz über die Bürgersteuer der Gemeinden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die übrigen Parteien abgelehnt. Nach Inkrafttreten der entsprechenden reichsgesetzlichen Bestimmungen werden nunmehr die Reichsämter als Landesämter selbstständig Geltung erhalten.

Gegen den Terror in Polnisch-Obererschlesien



Die große Studentenkundgebung in der Reichshauptstadt vor der Berliner Universität.

Der Moskauer Hochverratsprozeß

Im Moskauer Prozeß machte der Sekretär des technischen Institutes, Dtschkin, Aussagen über eine Gruppe sowjet-russischer Ingenieure, die seit 1926 bestrebt war, in Rußland ein wirtschaftliches Chaos herbeizuführen. Ramsin habe nicht gemollt, daß nach dem Sturz der Sowjet Herrschaft die alte Aristokratie die Führung der Regierungsgeschäfte wieder übernehmen sollte, sondern daß die Macht den Ingenieuren, denen die Zukunft in Rußland gebühre, zukomme. Dtschkin erklärte, er habe gemollt, daß die Organisation Gelder aus Frankreich erhalten habe. Sitnin, der in dem amtlichen Prozeßbericht als der ideologische Organisator der Schädigungsarbeit bezeichnet wird, erklärte, er sei bestrebt gewesen, ein neues Wirtschaftsprogramm zu schaffen, das von vornherein unerreichbare Ziffern enthalten sollte, um der Regierung ihre Unfähigkeit zu beweisen. In seinen Verhandlungen mit englischen Firmen habe er ein halb vom Hundert Provision erhalten. Die gleiche Vereinbarung habe er sodann auch in Amerika getroffen. Sitnin gab zu, auf diese Weise 100 000 Rubel verdient zu haben. Der oberste Staatsanwalt Krylenko führte schließlich aus, die Geständnisse der Angeklagten bestätigten die Anklageschrift. Er erhebe gegen sämtliche Angeklagten die Anklage wegen Hochverrat, die als erwiesen zu betrachten sei.

Kleine politische Nachrichten

Die Steuereinnahmen im Oktober. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, sind im Oktober 1930 an Besitz- und Verkehrssteuern rund 772 Millionen Mark (davon Einkommensteuer 244 Millionen Mark) und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 327 Millionen Mark eingegangen. Gegenüber Juli ist bei der Einkommensteuer ein Mehrertrag von 26,8 Millionen Mark zu verzeichnen, was auf die Einkünfte aus den neuen Steuern (Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 8000 Mark und Lebigensteuer) zurückzuführen ist. Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben ist eine Mehreinnahme von 61 Millionen im Vergleich zum September zu verzeichnen.

Die Dtschkin im Haushaltsausschuß. Der Haushaltsausschuß des Reichstages lehnte die Beratung der Dtschkin-

verordnung fort. Reichsminister Treviranus erklärte, daß durch die beantragte Verlängerung des Vollstreckungsschutzes die gesamte Kreditwirtschaft aufs schwerste erschüttert und gefährdet werden würde. Für die Magenzug Bayerns sei bereits eine Million Mark vorweg von den Mitteln der Westhilfe abgezweigt worden. Für die schlesischen und sächsischen Grenzgebiete seien entsprechende Maßnahmen vorgesehen.

Rückgängig gemachter Preisabbau. Vor kurzem ist in Berlin mit allen Propagandamitteln als großer Erfolg der Preisabnaktion die Herabsetzung des Milchpreises von 30 auf 28 Pfg. verkündet worden. Jetzt veröffentlicht der Verband des Vereinigten Berliner Milchhandels ein lakonisches Schreiben, in dem es heißt, daß am 29. November der Kleinhandelspreis für Milch wieder auf 30 Pfg. erhöht werden würde. Die Schuld wird der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben, die den Grundpreis um 2 Pfg. je Liter erhöht habe.

Keine Aufhebung des 7-Uhr-Abendenschlusses am Heiligabend. Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Wienbeck-Jaeger-Celle und Timm haben auf ihre Anfrage an die Reichsregierung, ob angesichts der schweren Wirtschaftslage in diesem Jahre der 7-Uhr-Abendenschluß am 24. Dezember zugelassen werde, eine verneinende Antwort erhalten.

Der Ruhrschiedspruch für verbindlich erklärt. In der Arbeitszeitfrage im Ruhrbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 12. November, der die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung vorschlägt, für verbindlich erklärt.

Halleische Studenten von der Polizei bei Mensuren übergriffen. In einer Schenke in Annendorf wurden 80 Angehörige Halleischer studentischer Verbindungen, die sich dort zur Abhaltung von Mensuren versammelt hatten, von der Polizei „auf frischer Tat ertappt“ und ausgehoben. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, sind die Studenten sämtlich auf freiem Fuß belassen worden; nur ihre Namen wurden festgestellt. Es handelt sich hauptsächlich um Angehörige des Vereins Deutscher Studenten Halle.

Politische Verrohung. In Koburg wurden nach Neustadt abfahrende Lastkraftwagen mit sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmern mit Steinen, Flaschen usw. beworfen. Der Führer des letzten Kraftwagens wurde durch einen Wurf berart verletzt, daß er die Herrschaft über die Steuerung verlor. Der Wagen durchbrach eine Schranke und fuhr eine drei Meter hohe Böschung hinab. Von den 40 Insassen wurden zwei schwer- und mehrere leicht verletzt und mußten in das Landeskrankenhaus eingeliefert werden. Vier Personen wurden verhaftet.

Aus aller Welt

Bergwerksunfälle.

In dem oberbayerischen Kohlenbergwerk Hausham hat sich ein schweres Unglück ereignet. Wie das bayerische Oberbergamt mitteilt, sind drei Arbeiter in einem Abbau durch Grubenwasser ertrunken, die plötzlich in größeren Mengen auftraten. Der Steiger Reil, der den Abbau beaufsichtigen wollte, konnte noch gerettet werden. Für die übrige Belegschaft besteht keine Gefahr, da alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind. — Auf der Zeche Viktor I-II in Castrop-Rauxel ereignete sich ein Grubenunglück. Im Flöz Geitling ging ein Strebpfeiler zu Bruch, wodurch 2 Maurer verschüttet wurden. Die Hoffnung, sie lebend zu bergen, ist aufgegeben worden.

Raubüberfall auf eine Sparkasse.

In Beverstedt (Bremen) wurde auf die Sparkasse ein dreifacher Raubüberfall verübt. Zwei maskierte Männer drangen mit vorgehaltenem Revolver in die Sparkassenträume ein, während zwei Helfershelfer im Hausflur Wache standen. Die Täter zwangen den Kassierer zur Herausgabe des Bargeldes und flüchteten dann in einen bereitstehenden Kraftwagen. Etwa 7000 RM. sind ihnen in die Hände gefallen.

Ein ordnungsliebender Selbstmörder.

In Baug bei Paris hat in der letzten Woche ein 60jähriger Kaufmann Selbstmord durch Erhängen begangen, weil er sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen konnte, demnächst durch Scheidung seine Frau zu verlieren. In seinem Todestag wählte er absichtlich den Tag der Schlichtungsverhandlungen vor dem Friedensrichter, versäumte es aber nicht, vor seinem Tode sämtliche Einzelheiten zu regeln und peinlich genau alle Formalitäten einschließlich seiner Beeridigung vorzubereiten. Er ließ zunächst Todesanzeigen drucken, die er selbst an seine Freunde und Bekannten schickte, bestellte sich einen Sarg und begab sich dann zum Ortsgemeinschaften, um die Einzelheiten für seine Beeridigung festzusetzen. Als ihm der katholische Pfarrer erklärte, daß Selbstmörder aus der Kirche ausgeschlossen seien und daß er infolgedessen auf keine wirkliche Beeridigung rechnen dürfe, fügte der Kaufmann mit eigener Hand auf den Todesanzeigen hinzu: „Weltliche Beeridigung“. Dann begab er sich in sein Schlafstübchen, band sich einen Strick um den Hals und erhängte sich am Fensterkreuz.

Strassenbahnunglück in Mittelitalien.

Bei Macerata entgleiste ein Strassenbahnwagen, wobei der Schaffner getötet und zwei Fahrgäste verletzt wurden. Ein zur Hilfeleistung an die Unfallstelle beordertes Strassenbahnwagen entgleiste an der gleichen Stelle und stürzte auf den ersten Wagen. Dabei wurden drei Personen getötet und 16 verletzt.

Eisenbahnunglücke in Spanien.

Der Schnellzug Barcelona-Valencia stieß bei Carcagente mit einem Güterzug zusammen. Beide Maschinen und mehrere Wagen — darunter Schlafwagen — wurden umgeworfen. 6 Personen wurden schwer verletzt. — Von der Eisenbahnbrücke bei Monforte stürzten mehrere Wagen eines Güterzuges in den darunter fließenden Fluß, wobei mehrere Telegraphenstangen umgerissen wurden.

Der Kunstpavillon in Sevilla eingestürzt.

Der Kunstpavillon der Ausstellung in Sevilla ist völlig zusammengestürzt. Es ist gelungen, vorher noch rechtzeitig Kunstgegenstände im Werte von über 30 Millionen zu bergen.

Württembergischer Landtag

Wohnungsbaufragen.

In der Samstagssitzung des Landtags wurden die verschiedenen Anträge betr. Winterbeihilfe für die Erwerbslosen dem Finanzausschuß überwiesen. Zugestimmt wurde dem Staatsvertrag mit dem Reich betr. Neckarkanalbüchschicht, Abgelehnt wurde der Antrag des Christl. Volksdienstes auf nochmalige Prüfung der Rentabilität des Neckarkanal. Abgelehnt wurden ferner die komm. Anträge betr. Arbeitsbeschaffung. Bei Besprechung der Großen soz. Anfrage betr. den Wohnungsbau wies Abg. Andre (Z.) darauf hin, daß das Bauen jetzt billiger geworden sei. Für die Altwohnungen sollten vorerst keine Erhöhungen der Mietpreise stattfinden. Für Kinderreiche müsse man besonders sorgen. Die Wohnraumverknüpfung müsse in absehbarer Zeit fallen und der Staat den Mut haben, hier Schluss zu machen. Die Wohnungsstatistiken seien mit Vorsicht aufzunehmen. Der Abg. Roth (Dem.) erklärte, der Respekt vor dem Reichsmietengesetz sei nicht sehr groß, denn überall zeige sich, daß die Mietpreise nicht eingehalten werden. In einer Periode der allgemeinen Wohn- und Gehaltssteigerung dürfe es keine Mietzinssteigerung geben. Die Regierung möge alles tun, um der Wohnungskreditanstalt unter die Arme zu greifen. Der Abgeordnete Wöhrer (S.) sollte den Leistungen der Wohnungskreditanstalt Anerkennung und befürchtete, daß die teuren Wohnungen bald keine Mieter mehr bekommen, wenn die rückläufige Bewegung bei den Löhnen anhalte. Für die Wohnungskreditanstalt erklärte Präsident Dr. Aichele, es werde im kommenden Jahr ein soziales Programm für die besonders Bedürftigen aufgestellt werden. Der Abg. Dr. W. B. erklärte, ein Schutz der Vermieter sei heute notwendiger als ein Schutz der Mieter. Er begründete ferner einen von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag, wonach aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen werden sollen Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1500 und mehr Reichsmark in Stuttgart, 800 und mehr Reichsmark in Ulm, Heilbronn, Göttingen, Neulingen, Tübingen, Göttingen, Ludwigsburg, Feuerbach und Süssenhausen, 600 und mehr Reichsmark in den übrigen Städten mit über 10 000 Einwohnern, sowie in Hall und Ellwangen, 400 und mehr Reichsmark in den übrigen Gemeinden des Landes. Seit dem 1. April 1928 neu eingeführte Hausgebühren und Hausabgaben sowie seit diesem Zeitpunkt eingetretene Gebührenerhöhungen sollen umgelegt werden können. Die Gemeinden sollen Bestimmungen treffen, wonach die Hausbesitzer berechtigt sind, Wohnräume für ihre Zwecke entschädigungslos in Geschäftsräume umzuwandeln, freiwerdende Wohnräume nicht wieder zur Vermietung zu bringen. Außerdem soll das Staatsministerium ersucht werden, rashestens durch die Wohnungskreditanstalt den Betrag von 5 Millionen zu 4 Prozent für Instandsetzungsarbeiten von Altwohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Abg. Alb. Fischer (Komm.) bemängelte, daß die Wohnungen für die Arbeiter zu teuer sind. Der Abg. Hartmann (DVP.) verlangte den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Die Wohnungsnot werde überhöht. Wenn so weitergebaut werde, so gäbe es in wenigen Jahren einen katastrophalen Wohnungsüberfluß. Nach einem Schlusswort des Abg. Schuler (S.) wurden die Anträge der Regierungsparteien und der Antrag Schuler dem Finanzausschuß überwiesen, dagegen die kommunistischen Anträge abgelehnt. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Dienstag, 9. Dez., statt.

Die Bürgersteuer.

Der Landtag hat in 2. und 3. Lesung dem Entwurf eines Gesetzes über die Bürgersteuer zugestimmt. Landesjah der Bürgersteuer ist danach der aus § 6 Abs. 3 Satz 1 der Ausführungsverordnung über die Bürgersteuer vom 21. Nov. 1920 zu entnehmende Mindestbetrag. Gemeinden, die bis zum 30. Nov. die Einführung der Bürgersteuer beschlossen haben, können nunmehr mit der Anforderung der Bürgersteuer auf den unverzüglich auszugebenden Steuerkarten beginnen.

Stuttg. 30. Nov. Die Fraktion des Bauernbundes hat im Landtag folgende kleine Anfrage gestellt:

Zinsen auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Ich kann Komtesse vollständig beruhigen; Mamsell hat sich nach meiner Ansicht beim Aprikosenlegen überanfrengt — daher die „Halbschmerzen“, lächelte er zurück, „einige Tage strenge Diät und Gurgelein mit Salzwasser werden sie bald herstellen. Das Gurgelein muß heute noch ein Bote aus der Stadt besorgen.“
„So wünscht Mamsell es?“ Sanna lachte heuauf.
„Na ja, das Theater haben wir ein paarmal im Jahre — hauptsächlich zur Einteilzeit. Mamsell kostet so sehr gern von allem; ich hab sie oft beobachtet, und die Folge davon ist, daß sie jedesmal über „Mandelentzündung“ klagt! Das legte mal war's bei den Erdbeeren! Ich hatte ihr den Vorschlag gemacht, sich die bösen Mandeln herausnehmen zu lassen! Da hätten Sie sie aber sehen sollen — wie eine Wildtute saugte sie, und hat drei Tage lang nicht mit mir gesprochen.“
Bewundert hörte Astrid zu. Welche Umstände hier um eine Mamsell gemacht wurden! Lächelnd gab Adelheide die Erklärung, daß das Wohl- und Wohlbefinden von Mamsell Sulda das Barometer von Schloß Westensfelde sei — sie, die Mamsell, sei die wahre Herrin; ihr müsse sich alles beugen — dies mit einem schelmischen Blick nach dem Vater, der gutmütig lachte.
„Spotet nur, Ihr Uebermütigen! Ich lasse nichts auf sie kommen! Wer in der ganzen Provinz versteht solche Jagdreden zu richten? Wegen unsere Mamsell Sulda kommt selbst der berühmte Koch Ihres Herrn Vaters — der Mr. Bessonet — nicht auf, Fräulein Vermehren! Wir werden um diese Perle beneiden — unerfährlich ist sie mir.“
„Das weiß auch sie! Darum tyrannisiert sie Dich auch denügend!“ neckte Sanna.

Der Absatz von Hafer und Gerste ist zurzeit fast unmöglich und die Preise dafür sind so tief gesunken, daß eine schnelle Abhilfe dringend nötig ist. Die unverzügliche Einführung eines entsprechenden Einfuhrkontingents für Hafer und Gerste könnte hier Erleichterung schaffen. Ist das Staatsministerium bereit, in diesem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken?

Aus Stadt und Land

Calw, den 1. Dezember 1930.

Der Dezember.

Das Jahr vollendet sich. Der Dezember schließt stimmungsvoll und zauberumflößten seinen Reigen. Gerade der letzte Monat des Jahres nimmt ja unter den zwölf Monatsgeschwistern eine ganz besondere Stellung ein. Eingeleitet durch die Stille und die nachdenkliche Besinnlichkeit des Advents, bringt er uns mit jedem Tage dem Weihnachtsfeste näher, jener Zeit, die für die deutsche Seele so geheimnisvoll und schön, so zauberhaft und erdentrückt ist, wie keine andere des ganzen langen Jahres. Schon jetzt, wo der Weihnachtsmonat erst beginnt, ist die Gedankenwelt des einzelnen Menschen schon stark vom Weihnachtsfest beherrscht und zu diesem liebevollen und träumerischen Sichversenken in die kommende Weihnachtsfreude kommt noch die große, in das Wirtschaftsleben, in Handel und Wandel tief eingreifende Bedeutung des Festes für unser ganzes gesellschaftliches Leben. Untrennbar verbunden mit dem Weihnachtsgedanken sei gerade in unserer Zeit, wo Millionen darben, der Wille zum Wohlsein und zur Varmherzigkeit und Nächstenliebe. Kein wirkliches, von christlichem Geiste erfülltes Weihnachtsfest ohne tatkräftige Hilfe und menschenfreundliche Mithätigkeit für die, die im Schatten leben! Am Ende der ersten Dezemberwoche steht der Nikolausabend, an dem der hl. Nikolaus die Kinder aufsuchen pflegt, um sich zu erkundigen, ob sie der Freuden des Weihnachtsfestes teilhaftig zu werden würdig sind. Von diesem Tage an beherrscht das Weihnachtsfest das deutsche Kindergemüt so sehr, daß kaum ein anderer Gedanke noch daneben Platz hat. Der Dezember bringt uns auch den offiziellen Winterbeginn. Möge es ein milder Winter werden, damit das Weihnachtsfest und der Ausklang des Jahres nicht noch mehr im Zeichen der Volksnot stehen, als es beklagenswerterweise ohnehin schon zu besorgen ist!

Des Bauern Notopfer.

Heute ist jedem Stand in seiner Weise ein Notopfer auferlegt, das er zu tragen hat als Glied einer großen Notgemeinschaft. Steuerdruck, Absatzschwierigkeiten, Zusammenbruch, Arbeitslosigkeit, Inflationsbeschädigung, Gehalts- und Lohnabbau: so heißen die Notopfer dieser Stände. Auch der Bauer hat sein Notopfer zu tragen. Nicht nur, daß die drohende Kopfsteuer eine recht empfindliche Belastung gerade der Kleinbauern bedeutet und manche segensreiche, mit großen Opfern geschaffene Einrichtung, wie z. B. eine Krankenpflegeanstalt, in ihrem Bestand bedroht, weil der hierfür gebene Beitrag an die Kopfsteuer gerückt werden müßte; nicht nur, daß die erfreulich begonnene Hebung des Verbrauchs alkoholfreier Getränke durch die Mineralwassersteuer wieder gehemmt wird, das größte Notopfer muß der Bauerstand durch den Preiszusammenbruch auf dem Gebiet seiner Erzeugnisse tragen. Von diesem Zusammenbruch ist freilich schon viel zu lesen gewesen, aber von seinem Ausmaß kann sich der Verbraucher kaum eine Vorstellung machen, um so weniger, als der Verbraucher infolge der Aufschläge durch Frachten, Zwischenhandel usw. von diesem Preissturz gar nichts oder erst recht spät etwas merkt. Vor uns liegt der Brief eines kleinen Landwirts. In diesem ist festgestellt, daß sich aufwärts nur der Preis für Korn (von 8,6 auf 9,6 Rm. je Ztr.), Gerste (9,2 auf 10 Rm.) und Hafer (7,5 auf 8 Rm.) entwickelt hat, wobei aber zu bemerken ist, daß diese Bewegung durchaus keine stetige war und daß vor allem das Getreide, zumal der Hafer, im Vorjahr einen ganz gewaltigen Preissturz erlitten hat. Dagegen sind alle anderen Preise gefallen: Vollmilch auf 16 Pfg. von 20 Pfg. pro Liter, entrahmte Milch auf 4 Pfg. von 6 Pfg., Butter sank von 1,70 auf 1,30 das Pfund, Schweinefleisch Lebendgewicht von 74 auf 57 Pfg. das Pfund. Das bedeutet allein bei Milch und

Butter eine Verkürzung der monatlichen Haupteinnahme, die an sich schon gering genug ist, um durchschnittlich 25—30 Rm. für jeden Haushalt, während natürlich Steuern und Abgaben, sowie die Preise der Industrieerzeugnisse und Maschinen, die der Bauer braucht, eher höher als niedriger geworden sind. Kartoffeln sind so billig, daß es sich kaum mehr lohnt, sie einzuernten. Nicht anders ist es beim Kraut. Das Getreide, als sei der Bauerstand der notwendigen Senkung der Lebensmittelpreise irgendwie im Wege, sollte deshalb vertrimmen.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Tiefdruckgebiete zeigen sich über Frankreich und bei Island, schwacher Hochdruck über Skandinavien. Unter diesen Umständen ist für Dienstag und Mittwoch zwar zeitweilig aufheiterndes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Forzheim, 30. Nov. Der Sohn einer sehr angesehenen Familie hatte vor mehreren Jahren nach dem Tod seines Vaters dessen Fabrik übernommen, war aber den schwierigen Zeitverhältnissen nicht gewachsen, so daß Konkurs eintrat. Nun ließ er sich noch dazu hinreißen, mit falschen Schlüsseln in das Geschäftslokal seines Nachfolgers und Gläubigers einzudringen und zwei Koffer mit einer Musterkollektion im Werte von 1500 Rm. zu entfernen. Außerdem brachte er seinen früheren Kabinettmeister um ein ansehnliches Guthaben von 15 000 Rm. Vor die Schranken des Gerichts gestellt, wurde der Angeklagte wegen Konkursverbrechens, Untreue und erschwerter Diebstahl zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Birkenfeld, 30. Nov. Ueber die Gasversorgung des oberen Engzales, Birkenfeld bis Wilbhad, hat das Oberamt von der technischen Beratungsstelle in Stuttgart ein Gutachten ausarbeiten lassen. Nach diesem Gutachten würden die gesamten von den Gemeinden auszubringenden Kosten für das Unternehmen 600 000 Rm. betragen. Der durchschnittliche Gaspreis würde sich bei normalem Verbrauch zwischen 20 und 23 Rpf. bewegen.

Stuttg. 30. Nov. Die Stuttgarter Fleischereinnung gibt bekannt, daß sie weitere Ermäßigungen in Fleisch- und Wurstpreisen eintreten läßt: Rindfleisch 1. Güte kostet in den Läden ihrer Mitglieder nun 1.05 Rm., Rindfleisch 2. Güte 90 Rpf., das Pfund. Kalbfleisch 1. Güte 1,10, 2. Güte 90 Rpf., bis 1 Rm. Aufschleich 65—80 Rpf., Hammelfleisch 1,10—1,25 Rm., Schinkenwürste das Pfund 1,30 Rm., das Stück 30 Rpf., Seitenwürstchen 1,30 Rm. und 22 Rpf., Schinken gekocht 2 Rm. das Pfund.

Stuttg. 1. Dez. Zum ehrenden dankbaren Gedächtnis der gefallenen Württemberger in den Schlachten von Champagne und Villiers am 30. November und 2. Dezember 1870 hat eine Abordnung des Württ. Kriegerbundes unter Führung des Bundespräsidenten Generalleutnant a. D. Dr. von Maur, einen Vorbeerkranz am Kriegerdenkmal von 1870/71 auf dem Sanktshofriedhof in Stuttgart niedergelegt.

Stuttg. 30. Nov. Laut einer Verordnung des Justizministeriums läßt es die gemeinnützige Tätigkeit der freiwilligen Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes erwünscht erscheinen, daß Beamte, die diesen Sanitätskolonnen angehören, zur Hilfeleistung bei größeren Unglücksfällen, wie Eisenbahnunfälle, Explosionen und Ähnl., vom Dienst befreit werden. Solchen Befehlen um Dienstbefreiung soll entsprochen werden, wenn es die dienstlichen Bedürfnisse irgend zulassen. In dringenden Fällen können sich unter dieser Voraussetzung die Beamten auch vor Erteilung der Dienstbefreiung vom Amt fernhalten, haben dies aber sofort auf schnellstem Weg zu rechtfertigen.

Tübingen, 30. Nov. Die Konzession zur Errichtung einer Apotheke in Kirchentellinsfurt, W. Tübingen, wurde der Apothekerin Hedwig Fink in Tübingen erteilt. Fräulein Fink ist geborene Tübingerin und die Tochter des ehemaligen Direktors der Tübinger Heilanstalt, Dr. Karl Fink, des weit über Württemberg hinaus bekannten einstigen Vorkämpfers für fortschrittliches deutsches Schul- und Turnwesen. Fräulein Fink ist die erste deutsche Frau, der eine staatliche Konzession erteilt wird.

„Ich aufbrechen wollte. „Oder drängen die Patienten so?“
„Das weniger, Herr Graf! Für heut bin ich fertig. Den schwersten Besuch hatte ich mir bis zuletzt aufgehoben.“ Er lächelte, und es stand ihm gut, wie die weißen Zähne unter dem dunklen Wärtchen bligten.
„Das ist recht! Und außerdem freut es mich sehr, daß es nun endgültig bestimmt ist, daß Sie die Praxis des Doktor Frühling übernehmen — die Herren haben alle Herrn Geheimrat Vermehren gesprochen — er hat Ihre Wahl sehr warm befürwortet.“
Dahin wühlte Astrid doch gar nichts! Zwar — berartige untergeordnete, geschäftliche Sachen pflegte ihr Vater zu Hause überhaupt nie zu berühren.
Doktor Rehsfeld erhob sich ein wenig im Sessel, was einen höflichen Dank bedeuten sollte.
„Dann heiraten Sie wohl bald, Herr Doktor?“ fragte Susanna.
„Ich denke zum Herbst, Komtesse! Jetzt ist es mir ja ermöglicht, da ich nun weiß, wo ich eine bleibende Ruhestätte habe.“
„Das vernünftigste, was Sie tun können, Doktor! So einrichtig hier herumlaufen, das geht auf die Dauer nicht,“ meinte der Graf, indem er sich mit Erlaubnis der Damen eine Zigarre anbrannte, und Astrid Rehsfeld das gleiche tat.
„Nein, Herr Graf, es geht nicht. Und auch: ich brauche in meiner Sprechstunde zuweilen so notwendige Hilfe, und da meine Brant gepörrte Krankenpflegerin ist, wird sie mir bei verschiedenen Patienten ein wertvoller Beistand sein können.“
„Krankenpflegerin ist Ihre Fräulein Brant?“ fragte Sanna überroßt.
Er sah ihre große Verwunderung.
„Ja, Komtesse. Meine Brant ist keine „Nisse auf dem Felde“, sie gehört zu erwerbenden und arbeitenden Frauen!“ entgegnete er ruhig.
(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.		
100 holl. Gulden		168,94
100 franz. Franken		16,49
100 Schweiz. Franken		81,29

Börsenbericht.

Stuttg., 30. Nov. Die Börse hatte am Wochenende sehr ruhiges Geschäft, zeigte aber eine freundliche Haltung.

Steuerliche Berücksichtigung der Hochwasser- und Witterungsschäden.

Anlässlich der großen Hochwasserschäden und anderer Schäden, insbesondere Witterungsschäden — z. B. Windbruch — die in letzter Zeit in verschiedenen Gegenden des Reiches eingetreten sind, bringt der Reichsminister der Finanzen durch einen Rundschreiben an die Präsidenten der Landesfinanzämter die Richtlinien über die Steuerbefreiung bei den durch Hochwasser und dergleichen Geschädigten in Erinnerung. Da die Auswirkung der Schäden in den einzelnen Bezirken und selbst innerhalb der Bezirke sehr verschieden ist, wird es als nicht angängig bezeichnet,

ganze Bezirke zu sogenannten „Notgebieten“ zu erklären und die betroffenen Steuerpflichtigen dieser Bezirke allgemein von allen Reichsteuern zu befreien. Selbstverständlich muß aber in allen Fällen, in denen außerordentliche Schäden festgestellt worden sind, auf dem Gebiet der Reichsteuern durch Stundung und gegebenenfalls durch teilweisen oder gänzlichen Erlass geholfen werden. Die Verhältnisse des einzelnen Falles sind dabei zu prüfen. Bei Prüfung der Anträge ist wohlwollend zu verfahren.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 29. Nov.
 Tafeläpfel 25—40; Tafelbirnen 25—40; Walnüsse 40—50; Kartoffeln 3—4; Kopfsalat 6—12; Endivienalat 6—10; Wirsing (Kohlrab) 5—6; Silberkraut 2—3; Weißkraut rund 3—4; Rotkraut 4—6; Blumenkohl 20—70; Rosenkohl 10—20; dto. 1 Pfund 20—25; rote Rüben 6—8; gelbe Rüben 5—6; Karotten runde 10—20; Zwiebel 4—8; Gurken große 20—60; Rettiche 5—8; Monatsrettiche 10—12; Sellerie 10—20; Tomaten 20—45; Schwarzwurzeln 30—35; Spinat 12—15; Kopfkohltraben 4—6.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 19—26 Mk. — Künzelsau: Milchschweine 21—32, Käufer 42 Mk. — Marbach: Milch-

schweine 20—27 Mk. — Dörflingen: Milchschweine 25—40 Mk. — Rottweil: Milchschweine 15—28 Mk. — Balingen a. G.: Milchschweine 20—20, Käufer 54—55 Mk.

Die letzten Kleinhändlerpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Berichtigungen in Betracht kommen. Die Schriftst.

Pflanzt mehr Quitten.

Zu den anspruchslosesten Fruchtgehölzarten gehört die Quitte. Sie ist nicht nur ein Fruchtbaum, sondern auch ein Zierbaum. Wenn im Frühjahr sich Baum und Strauch mit ihrem herrlichen Blütentelde schmücken, dann hebt sich auch die Quitte mit ihren lebhaft gefärbten Blüten leuchtend hervor und erfreut das Auge in Garten und Park. Die Früchte sind zuerst grün und dann wunderschön gelb und verbreiten einen äußerst angenehmen Geruch. In rohem Zustande sind sie ungenießbar. Um so angenehmer wirkt ihre vielfache Verwendung im Haushalte. Der Bedarf an Quitten wird bis jetzt in Deutschland nicht gedeckt. Die Quitte kann da noch angebaut werden, wo andere Obstarten nicht mehr gedeihen. Böhungen und Abhänge gibt es genug die Platz für Quitten bieten. An Abnehmern für Quitten fehlt es nie.

Bis morgen Dienstag

2. Dezember gebe ich auf beinahe sämtliche Waren bei Barzahlung einen Rabatt von

20 Prozent

Paul Ränckle, am Markt, Calw

Webwaren. Fertige Herren- und Knabenbekleidung



Der Weihnachts-Verkauf hat begonnen!

Wer jetzt die riesigen Vorteile meines Weihnachts-Verkaufes in

Damen-, Mädchen- und Kinder-Bekleidung

nicht ausnützt, versäumt die günstige Gelegenheit, gute, herrliche Waren **viel billiger** als je zu kaufen

Pforzheim **C. Berner** Pforzheim

Ecke Metzger- und Blumenstrasse

BITTE UM BESICHTIGUNG MEINER SCHAUFENSTER

Weihnachtsverkauf!

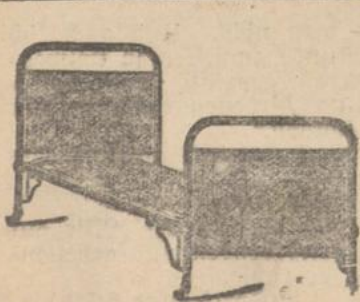
Anzüge, Mäntel und Sportbekleidung

10 Prozent

Friedr. Wegel

Herren- und Knaben-Bekleidung

Calw, Badstraße 15.



Bettstellen

für

Erwachsene und Kinder

empfehlen

Carl Herzog, Eisenhandlung, Leberstraße.

Heute Abend 8 Uhr Turnersammlung im Bad. Hof.

Kleinere 2-Zimmer-Wohnung

sof. beziehbar, vermietet Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Celluloid-Türschoner Carl Herzog

Zu Fest-Geschenken empfehle

Balladenständer

Stelzen in jeder gewöhnl. Größe sowie

eich. Fußschemel

Schreinermeister Schaible

Gebrauchtes, zusammenlegbares

Kinder-Laufgärtle

sucht zu kaufen

Werner, Stuttgarterstr. 9

Versäumen Sie nicht,

den heute Abend 8 Uhr stattfindenden kostenlosen

„Crepelle-Handarbeits-Lehrkurs“

im Weiß'schen Saale zu besuchen.

Buchhandlung Kirchherr.

Reparaturen?

Im Haushalt, im Büro, im Betrieb gibt es immer Reparaturen. (Besonders häufig sind sie naturgemäß bei unsachlicher Behandlung eines Geräts.)

Halten Sie es nun für zweckmäßig, jede Reparatur nach auswärts zu geben? Zum ortsanfälligen Fachmann gehen Sie ja begreiflicherweise nicht gern, wenn Sie das Gerät selbst (oder die ganze Anlage) nicht von ihm bezogen haben.

Denken Sie einmal darüber nach, wieviel Ärger, Geld und kostbare Zeit Sie sparen können, wenn Sie von allem Anfang an Ihren Bedarf bei den ortsanfälligen Geschäften decken.

Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw

Die Wanderarbeitsstätte

liefert auf die Bühne

schön gespalt., trockenes Brennholz

zu 2,30 Mk. für 1 Zentner

und Anzindholz in Bündeln

zu 25 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen Oberamtspflege Fern- nimmt entgegen sprecher 160

Lungenschleimung

hartnäckigen Husten, Luftröhrenkatarrh, Keuchhusten Bronchialkatarrh, Asthma etc. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende

Dehheim's Brust- und Lungentee.

Preis Mk. 1,25. In haben in den Apotheken. Hauptniederlagen Alte Apotheke Calw, Apotheke C. Mohl Bad Liebenzell.

Brennessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1,50 bei Otto K. Vinçon, Calw.

Haaruhrketten

modern und preiswert Friseur Obermatt.

Gegen

hohen laufenden Verdienst

Herren und Damen zum Vertrieb von pat. Leibbinden oder Nähr- und Kräftigungsmittel, biochemischen Nährsalzen, Kräutertees und Tees von angesehener Firma gesucht. Bei Leistungsnachweis Uebergabe einer Bezirksleitung. Zuschriften u. B. 967 an Annoncenfrenz, Mainz.

Jetzt vor Weihnachten

Können Sie sich die Günst des Käufers am schnellsten erwerben. Versäumen Sie nicht die Anzeige im Calwer Tagblatt zu Werbezwecken heranzuziehen.

Erst... Täglich... An... a) im... die Seil... b) im... die Seil... Auf... komm... Für... kann... über... Die... stern... Brü... schlä... Hinde... mühev... minist... präside... Die... stern... Brü... ten mit... Sachver... hung üb... Die n... Teilen... fammle... gen gew... 26. Juli... ficheru... der Ge... Notveror... der Reich... schiebet... men wor... munge... bedeutsam... Stäh... In diese... dktion... wichtige... hinsichtlich... in die V... Gandelsh... Die... Teile, Notveror... halt; 3... 4. Senfu... ausgleich... und der... Landwirt... nisse auf... Wie... Einzelbe... lichen B... Wirtshof... Notveror... e in e... Eine Gr... behält f... stehenden... lich vom... Haushalt... Ueber... genbe... 1. Di... erstreck... G e m e... und sch... fche in... führung... dem Ein... werden... Aenderu... werbstot... der Zah... 2. Di... sehen di... Fun... feuer... schläg... Ledig... lediglich... verfassu... Ermächt... für die... Das sog... Reich... auf die